



Nachhaltiges Wirtschaften – ganzheitliche Strategien und Prinzipien

Eine Gesellschaft wirtschaftet nachhaltig, wenn sie die langfristige Stabilität und Leistungsfähigkeit der ökologischen, politisch-sozialen und ökonomischen Systeme sicherstellt. In der Vergangenheit wurden Nachhaltigkeitsprobleme in der Regel nur separat angegangen, sodass die Auswirkungen einzelner Maßnahmen auf andere Aspekte eines umfassenden Nachhaltigkeitsaspekts vernachlässigt wurden. Die Herausforderung besteht in einer ganzheitlichen Strategie für nachhaltiges Wirtschaften, welche die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekten berücksichtigt und nicht versucht, einzelne Nachhaltigkeitsprobleme auf Kosten anderer Aspekte zu lösen.

Fokus



Der Begriff der Nachhaltigkeit ist umfassend zu verstehen. Er geht über ökologische Aspekte hinaus und betrifft auch die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit.

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@
bertelsmann-
stiftung.de

1. Nachhaltigkeit – begriffliche Klärung

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist ein facettenreicher Terminus. Der so genannte Brundtland-Bericht aus dem Jahr 1987 verwendete eine sehr weit gefasste Definition: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (United Nations 1987, S. 54).

Ursprünglich bezog sich ‚Nachhaltigkeit‘ vor allem auf die *ökologische Nachhaltigkeit* in dem Sinne, dass die jetzt lebenden Generationen mit der Natur und der Umwelt schonend und pflegend umgehen, damit auch die nachfolgenden Generationen noch über eine weitgehend intakte Umwelt verfügen können. Ökologische Nachhaltigkeit ist umfassend zu verstehen und deckt unter anderem den Erhalt der biologischen Artenvielfalt ab, den Erhalt der natürlichen Rohstoffe (sowohl die nicht erneuerbaren als auch die erneuerbaren) und den Klimaschutz.

In den vergangenen Jahren setzt sich jedoch zunehmend die Einsicht durch, dass Nachhaltigkeit nicht alleine ökologisch verstanden werden darf, sondern auch die soziale und die ökonomische Nachhaltigkeit umfasst. *Soziale Nachhaltigkeit* bedeutet primär eine gesellschaftliche Entwicklung, die die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder am sozialen Leben ermöglicht. Diese Teilhabe betrifft sämtliche Lebensbereiche, also neben dem Arbeitsleben

auch das politische und kulturelle Leben, die Teilhabe am lebenslangen Lernen und am Gesundheitswesen sowie das ehrenamtliche Engagement. *Ökonomische Nachhaltigkeit* bezieht sich auf ein Wirtschaftssystem, das dafür sorgt, dass die Grundlagen zur Produktion des materiellen und immateriellen Wohlstands dauerhaft erhalten bleiben und dass den nachfolgenden Generationen noch ein Leben mit Wohlstand ermöglicht wird. Neben dem Erhalt der natürlichen Grundlagen aller menschlichen Produktionsprozesse (ökologische Nachhaltigkeit) geht es hierbei auch um den Erhalt der menschlichen Arbeitskräfte und der materiellen Produktionsanlagen. Voraussetzung für die ökonomische Nachhaltigkeit ist auch die soziale Nachhaltigkeit, denn in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft wird eine arbeitsteilige Organisation von gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozessen immer schwieriger.

Ein solch weiter gefasstes Nachhaltigkeitsverständnis impliziert auch die Ziele Teilhabegerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Teilhabegerechtigkeit bedeutet, dass jedem Individuum im Rahmen seiner persönlichen Freiheit ein selbstbestimmtes Leben und eine breite gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Das Ziel der Generationengerechtigkeit verlangt, dass die individuellen Verwirklichungschancen der Menschen gewährleistet werden, ohne dass dies auf Kosten gegenwärtiger oder künftiger Generationen geschieht (vgl. Boecker und Schraad-Tischler 2012, S. 33-43).

Eine Gesellschaft wirtschaftet nachhaltig, wenn ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so ausgestaltet ist, dass sie die langfristige Stabilität und Leistungsfähigkeit der ökologischen, politisch-sozialen und ökonomischen Systeme sicherstellt.

Alle drei Nachhaltigkeitsaspekte werden durch die globalen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Folgen dieser Entwicklung können regional unterschiedlich sein, aber sie betreffen die gesamte Welt.

2. Herausforderungen für die ökologische Nachhaltigkeit

Zentrale Herausforderungen im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit ergeben sich daraus, dass der gegenwärtige Lebensstil der Menschheit die Natur sowie die natürlichen Ressourcen übermäßig in Anspruch nimmt. Die Kombination aus Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum (inklusive eines geänderten Konsumverhaltens im Zuge des steigenden Wohlstands) hat dazu geführt, dass der weltweite Verbrauch der meisten natürlichen Ressourcen in der Vergangenheit stark angestiegen ist – und dies trotz zum Teil erheblicher Steigerungen bei der Energieeffizienz.

Eine zentrale Konsequenz eines stärkeren Ressourcenverbrauchs ist ein höherer Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen, was zu einem Anstieg der globalen durchschnittlichen Temperatur führt und den Klimawandel beschleunigt. Damit nehmen auch alle Konsequenzen des Klimawandels zu: das Abschmelzen der Gletscher, der damit verbundene Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme des Überflutungsrisikos, die Abnahme der Wasservorräte mit einer Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung und eine Zunahme von Wetterextremen (Hitzewellen, Dürren, Stürme, Überflutungen) sowie die damit verbundenen Verluste an Menschen- und Tierleben, Produktionsanlagen,

Infrastruktur und Vermögensgegenständen. Zu nennen sind darüber hinaus eine weltweite Verschlechterung der Gesundheitssituation, klimabedingte Migrationsbewegungen und die weitere Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten.

Eine weitere Folge der wachsenden Inanspruchnahme der Natur besteht darin, dass die natürlichen Ressourcen knapp werden. Die Konsequenzen einer zunehmenden Ressourcenknappheit lassen sich am Beispiel des Wassers verdeutlichen: Wassermangel führt zu Ernteeinbußen in der Landwirtschaft, was Nahrungsmittelknappheit und Hungersnöte zur Folge hat. Zu wenig Wasser oder das Trinken von verschmutztem Wasser führen darüber hinaus zu Krankheiten bis hin zum Tod. Wassermangel führt in der Industrie zu Produktionseinbußen. Unzureichendes Kühlwasser verlangt beispielsweise bei der Stromproduktion ein Herunterfahren der Produktionsleistungen, was zu Engpässen in der Stromversorgung führt. Dies alles macht diese Ressource immer wertvoller und erhöht wegen ihrer fundamentalen Bedeutung für das menschliche Dasein die Gefahr von Konflikten. Wassermangel ist momentan zwar noch ein Phänomen, das vor allem die wenig entwickelten Volkswirtschaften trifft. Allerdings mussten in den letzten Jahren auch europäische Kernkraftwerke ihre Produktion wegen anhaltender Trockenheit reduzieren.

Wenn eine wachsende Weltbevölkerung mit einem steigenden materiellen Pro-Kopf-Wohlstand und einem immer ressourcenintensiveren Konsumverhalten die natürlichen Ressourcen der Erde so wie in der Vergangenheit verbraucht, kommt es schon bald zu einer globalen Ressourcenübernutzung. Diese Plünderung des Planeten hinterlässt den zukünftigen Generationen enorme Folgekosten und zerstört

mittel- und langfristig unsere Lebensgrundlage.

3. Herausforderungen für die soziale Nachhaltigkeit

Globalisierung und Wirtschaftswachstum haben in der Vergangenheit weltweit den Wohlstand erhöht, die Beschäftigung gesteigert, die absolute Armut reduziert und damit insgesamt den sozialen Zusammenhalt erhöht. Gleichzeitig aber gibt es auch Tendenzen, die die soziale Nachhaltigkeit beeinträchtigen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Globalisierung und der mit dem internationalen Wettbewerbsdruck verbundene technische Fortschritt die Anforderungen an die Qualifikationen der Beschäftigten erhöht. Gleichzeitig wurden gering qualifizierte Tätigkeiten durch den Einsatz von Maschinen ersetzt. Dies hat zur Folge, dass der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zunimmt, während der Bedarf an gering qualifizierten Personen sinkt. Damit steigt der Lohn für Hochqualifizierte, während die Löhne für Geringqualifizierte abnehmen bzw. weniger ansteigen als bei den qualifizierten Arbeitskräften. Diese Entwicklung wird auch die nächsten Dekaden prägen. In der Vergangenheit haben die entwickelten Staaten die auseinanderdriftenden Bruttoeinkommen vor allem durch Transferzahlungen ausgeglichen. Dieses Vorgehen wird jedoch in der Zukunft kaum noch zu finanzieren sein. Verantwortlich dafür sind zwei zentrale Ursachen: die finanziellen Nachwirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die gesellschaftliche Alterung, die in den nächsten Dekaden in allen entwickelten Volkswirtschaften immer stärker wird.

Durch die Konjunkturpakete und Bürgschaften für Banken und Unternehmen

sind die Staatsausgaben im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in nahezu allen entwickelten Volkswirtschaften erheblich gestiegen, was zu einem rasanten Anstieg der Staatsverschuldung führt. Dies reduziert die finanziellen Möglichkeiten der Staaten und damit deren politische Handlungsspielräume. Wenn die Staaten daher wachsende Einkommensdisparitäten nicht mehr im bisherigen Umfang ausgleichen können, werden diese Ungleichheiten größer. Damit dürften auch die sozialen Spannungen wachsen. Und wenn der Staat in Folge einer steigenden Verschuldung immer größere Anteile seines Budgets für Zinszahlungen aufwenden muss, schränkt dies seine Möglichkeiten ein, Investitionen in Bildung zu tätigen. Damit gewinnt die private Bildungsfinanzierung als Ergänzung der staatlichen Finanzierung an Bedeutung, womit aber auch die Gefahr der Exklusion im Bildungswesen steigt. Gleiches gilt für andere Lebensbereiche wie z. B. dem Gesundheitswesen und der Kultur bzw. für alle öffentlichen Infrastrukturangebote.

In den entwickelten Gesellschaften ist darüber hinaus infolge geringer Geburtenraten und gleichzeitig steigenden Lebenserwartungen eine Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung zu erwarten. Für die sozialen Sicherungssysteme ergeben sich dadurch erhebliche Herausforderungen, weil eine immer geringere Zahl von Beitragszahlern auf steigende Anforderungen an die Leistungen der sozialen Sicherung – vor allem im Bereich der Altersversorgung – trifft. Wenn der Anteil der nicht mehr erwerbstätigen Personen an der Gesamtbevölkerung steigt, hat dies im Bereich der sozialen Sicherung entweder einen Anstieg der Beitragssätze oder einen Rückgang des Leistungsniveaus zur Folge, wobei die Erhöhung der Beitragssätze wiederum negative Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Daher ist davon auszugehen, dass die Leistungsniveaus im

Bereich der sozialen Sicherung sinken, was jedoch zu sozialen Spannungen führen kann. Damit ist zu befürchten, dass sich die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der Bürger sehr unterschiedlich entwickeln und die soziale Nachhaltigkeit beeinträchtigt wird.

4. Herausforderungen für die ökonomische Nachhaltigkeit

Die ökonomische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat zu einem weltweiten Wirtschaftswachstum geführt, mit dem zahlreiche positive Effekte verbunden sind. Neben einer Steigerung des materiellen Wohlstands ist beispielsweise an eine Verbesserung der immateriellen Lebensbedingungen und des Gesundheitszustands zu denken, an eine Steigerung der Lebenserwartung sowie an eine Erhöhung des Bildungsniveaus. Gerade für die Schwellenländer bedeutet die Globalisierung die einmalige Chance, ihrer Entwicklungsstand zu steigern und den Lebensstandard der Menschen zu erhöhen.

Gleichzeitig sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Zuge der Globalisierung jedoch auch Tendenzen verbunden, die die ökonomische Nachhaltigkeit beeinträchtigen. So hat die Globalisierung unter anderem zur Folge, dass durch die weltweite Arbeitsteilung und den weltweiten Handel der Wettbewerbsdruck auf alle Produzenten immer stärker zunimmt. Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit müssen Produzenten daher permanent versuchen, ihre Produktionskosten zu reduzieren. Denkbare Maßnahmen hierzu sind – neben einer Erhöhung der Produktivität durch Investitionen in Bildung und Maschinen – auch Lohnreduktionen, Arbeitszeitverlängerun-

gen und die immer weitere Absenkung sozialer Standards. Die Konsequenzen dieser Strategie sind ein sich ausbreitender Niedriglohnsektor inklusive einer Zunahme der sozialen Ungleichheit (Verstoß gegen die soziale Nachhaltigkeit), eine Erhöhung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten sowie eine Intensivierung und Verdichtung der Arbeitsprozesse. Weitere Strategien zur Kostensenkung sind die Abwälzung von Kosten auf die Allgemeinheit, z. B. in Form einer zunehmenden Umweltverschmutzung und einer verstärkten Ausnutzung von Rohstoffreserven. Damit nehmen auch alle weiter oben beschriebenen Konsequenzen des Klimawandels zu.

Zu einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung gehört auch die globale Dimension, also die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungen aller Volkswirtschaften. Die Globalisierung hat zwar in den vergangenen Jahrzehnten den materiellen Wohlstand weltweit erhöht, dieser Wohlstand ist allerdings außerordentlich ungleich verteilt. Im Jahr 2010 variierte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (gemessen in US-Dollar Kaufkraftparität) in den einzelnen Volkswirtschaften erheblich. In Luxemburg und Katar lag es bei über 80.000 US-Dollar, während es in Burundi, Liberia und der Demokratischen Republik Kongo weniger als 425 US-Dollar erreichte (International Monetary Fund 2011).

In einer Studie zur nächsten Phase der Globalisierung bis zum Jahr 2030 befürchtet die Weltbank, dass zwar von einem generellen Anstieg der Einkommen auszugehen ist, dass diese Wohlfahrtsgewinne jedoch sehr unterschiedlich verteilt werden. Die Weltbank schließt daher wachsende Einkommensungleichheiten zwischen den Ländern nicht aus (vgl. World Bank 2007, S. xvi-xvii).

Dieses Auseinanderdriften ist nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen zu verhindern (soziale Nachhaltigkeit). Zunehmende wirtschaftliche Ungleichgewichte haben eine Reihe von negativen gesellschaftlichen Folgewirkungen. Diese können beispielsweise zu einer wachsenden Unzufriedenheit und Radikalisierung führen. Eine damit verbundene Störung der internationalen Arbeitsteilung schlägt dann auch auf die Exporte der entwickelten Industrieländer durch. Sie müssten sich daher aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse für eine stärkere ökonomische Konvergenz einsetzen.

5. Gesellschaftspolitische Herausforderungen

Die zu erwartenden Entwicklungstrends der nächsten Jahrzehnte werden die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit weltweit erheblich beeinträchtigen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich alle drei Nachhaltigkeitsprobleme gegenseitig verschärfen: Eine Verletzung der ökologischen Nachhaltigkeit durch einen Raubbau an der Natur untergräbt die Grundlagen der materiellen Produktionsprozesse und verletzt damit das Postulat der ökonomischen Nachhaltigkeit. Ohne eine nachhaltige Produktion des materiellen Wohlstands kommt es zu Arbeitslosigkeit mit allen sozialen Folgeproblemen. Gleichzeitig brechen die Grundlagen der Staatsfinanzen zusammen, sodass staatliche Transferzahlungen zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten nicht mehr geleistet werden können. Angesichts der ökonomischen und sozialen Spannungen wird es dann immer schwieriger, politische Reformen durchzusetzen, die beispielsweise für eine ökologische Nachhaltigkeit zwingend erforderlich wären – der Teufelskreis setzt sich fort.

Werden diese Nachhaltigkeitsprobleme nicht zeitnah und global gelöst, drohen sich die skizzierten negativen Entwicklungen gegenseitig zu verstärken und letztlich die Grundlagen eines Lebens in Wohlstand zu zerstören. Handlungsoptionen, die diesen Teufelskreislauf durchbrechen wollen, müssen derartige Interdependenzen berücksichtigen. Problematisch an bisherigen Lösungsansätzen ist vor allem, dass einzelne Nachhaltigkeitsprobleme in der Regel nur separat angegangen werden und die Auswirkungen einzelner Maßnahmen auf andere Aspekte eines umfassenden Nachhaltigkeitsverständnisses vernachlässigt werden. Eine Politik, die etwa die Arbeitslosigkeit durch eine Steigerung des ressourcenintensiven Wirtschaftswachstums reduzieren will, dient zwar kurzfristig dem Ziel der ökonomischen Nachhaltigkeit. Mittel- und langfristig jedoch stellt diese Strategie einen Verstoß gegen die ökologische Nachhaltigkeit dar, die dann auch die ökonomische Nachhaltigkeit beeinträchtigt. Ähnlich konfliktträchtig ist eine Erhöhung der Kosten des Verbrauchs natürlicher Ressourcen durch Umweltsteuern. Für die notwendige Umstellung hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem ist dieser Anreiz für einen ressourcenschonenderen Lebensstil unerlässlich. Gleichzeitig aber kann dies dazu führen, dass für einkommensschwache Personengruppen der Erwerb ressourcenintensiver Konsumgüter wie z. B. Fernreisen oder der private Kraftfahrzeuggebrauch unerschwinglich wird. Der damit verbundene Ausschluss dieser Personen von bestimmten Konsumaktivitäten kann zu sozialen Spannungen führen, die die soziale Nachhaltigkeit belasten. Derartige Zielkonflikte bzw. Dilemmata lassen sich letztendlich nur im Rahmen eines demokratisch legitimierten Aushandlungsprozess aller Beteiligten lösen (vgl. Boecker und Schraad-Tischler 2012, S. 46).

Die Herausforderung für die Politik besteht also weltweit darin, eine Gesamtlösung zu finden, die die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekten berücksichtigt, und eine kohärente Strategie zu entwickeln, bei der nicht einzelne Nachhaltigkeitsprobleme auf Kosten anderer Aspekte gelöst werden. Hierfür ergeben sich verschiedene Ansatzpunkte (siehe dazu ausführlicher Bertelsmann Stiftung 2012):

- Grundlage für den erfolgreichen Umgang mit den Herausforderungen der globalen Megatrends ist das Wissen über die Ursachen, Mechanismen und Wechselwirkungen dieser Trends. Dieses Wissen liegt gegenwärtig allenfalls in groben Ansätzen vor. Die Intensivierung der Erforschung von Wechselwirkungen ist zwingend erforderlich, weil diese Wechselwirkungen sonst ignoriert oder unterschätzt werden.
- Für ein nachhaltiges Wirtschaften gewinnt das langfristige Denken zunehmend an Bedeutung. Wichtig dafür wäre eine institutionelle Verankerung einer langfristig angelegten Politikberatung, beispielsweise nach dem Vorbild des niederländischen Centraal Planbureau (CPB), oder die Einrichtung von Ombudsstellen für die Rechte zukünftiger Generationen wie beispielsweise in Israel.
- Treibhausgase, Umweltverschmutzungen und Spekulationsblasen machen nicht vor Ländergrenzen Halt. Globale Herausforderungen können daher nur gemeinsam bewältigt werden und erfordern eine weltweite Kooperation aller Beteiligten. Dies verlangt eine Stärkung der Koordinations- und Abstimmungsmechanismen auf der internationalen und supranationalen Ebene.

Ziel dieser ganzheitlichen Strategie ist die Etablierung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Paul Ekins vom University College London be-

schreibt ein damit verbundenes nachhaltiges Wirtschaften bzw. Wirtschaftswachstum mit Hilfe von vier Prinzipien: „Borrow systematically only to invest, not to consume. Keep money sound: control inflation, public borrowing, trade deficits, indebtedness. Establish transparent accounting systems that give realistic asset values. Maintain or increase stocks of capital (manufactured, human, social, natural)” (Ekins 2009).

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Politik nachhaltig gestalten, Gütersloh 2012.
- Boecker, Malte C., und Daniel Schraad-Tischler, Teilhabegerechtigkeit für gegenwärtige und künftige Generationen – Nachhaltigkeit im Kontext der Bertelsmann Stiftung, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Politik nachhaltig gestalten, Gütersloh 2012, S. 31 - 50.
- Ekins, Paul, Dining off Ecosystems: from the free lunch to terminal ecological indebtedness, Presentation to the concluding seminar in the series ‘Sustaining Future Ecosystem Services – from Understanding to action’, London, Friday 26th June, 2009.
- International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, September 2011, Washington DC 2011.
- United Nations, Report of the World Commission on Environment and Development: “Our Common Future”, Genf 1987.
- World Bank, Global Economic Prospects – Managing the Next Wave of Globalization, Washington DC 2007.

Policy Brief 2012/01: Moderne Arbeitsmarktpolitik

Das deutsche Jobwunder hat auch Schattenseiten. Für viele Arbeitnehmer haben die Unsicherheiten in den letzten zehn Jahren zugenommen. Auf der Suche nach einer Erklärung stößt man schnell auf die arbeitsmarktpolitische Kehrtwende im Zuge der Hartz-Reformen von 2003 bis 2005. Aus der teuren am Status orientierten Stilllegungspolitik sollte eine moderne Inklusions- und Mobilisierungspolitik werden. Wie nachhaltig dieser Weg inzwischen beschritten ist, kann mit Blick auf die Wirkung und Akzeptanz ausgewählter auf Aktivierung ausgerichteter Aspekte eruiert werden.

Policy Brief 2012/02: Gesetzliche Rente

Der demographische Wandel hat unmittelbare Effekte für die Systeme der sozialen Sicherung, die sich auch auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen insgesamt auswirken. Die Rentenpolitik muss daher die zukünftigen finanzpolitischen Handlungsspielräume beachten und an bereits ergriffenen Reformen wie dem Übergang zur „Rente mit 67“ strikt festhalten. Nur unter dieser Bedingung kann die Finanz- und Wirtschaftspolitik umgekehrt die nötigen Spielräume dafür schaffen, dass das Rentensystem den demographisch bedingten Ausgabenanstieg bewältigt.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
 Carl-Bertelsmann-Straße 256
 D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
 Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
 Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Demnächst erscheint:

- Policy Brief #2012/04
 Cortnie Shupe: „Die Vermessung der sozialen Marktwirtschaft“
- Policy Brief #2012/05
 Eric Thode, Bessere Beschäftigungschancen für ältere Arbeitskräfte

ISSN-Nummer: 2191-2459